

## **Mitteilung**

### **der Landesregierung**

#### **Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags; hier: Denkschrift 2016 des Rechnungshofs zur Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes Baden-Württemberg – Beitrag Nr. 24: Vergabe beim Landesstraßenbau**

#### Landtagsbeschluss

Der Landtag hat am 8. März 2017 folgenden Beschluss gefasst (Drucksache 16/824 Abschnitt II):

*Die Landesregierung zu ersuchen,*

- 1. zu prüfen, wie eine IT-gestützte „Gemeinsame Vergabedatenbank“ aufgebaut werden kann;*
- 2. die Planungstiefe vor Ausschreibung der Baumaßnahme zu verbessern;*
- 3. dem Landtag über das Veranlasste bis 30. September 2017 zu berichten.*

#### B e r i c h t

Mit Schreiben vom 19. September 2017, Az.: I-0451.1, berichtet das Staatsministerium wie folgt:

Zu Ziffer 1:

Das Ministerium für Verkehr hat bereits im Zeitraum von Dezember 2014 bis Juni 2015 eine Organisationsuntersuchung bei der Obersten und den Höheren Straßenbaubehörden in Baden-Württemberg durchgeführt. Als ein Ergebnis der Untersuchung wurde die Einführung eines landeseinheitlichen IT-Werkzeugs zur Optimierung der Projekt- und Budgetsteuerung in der Straßenbauverwaltung mit bidirektionaler Schnittstelle zu SAP und weitgehender Übernahme der Funktionalitäten bisher verwendeter IT-Werkzeuge festgelegt. Mit dem neuen Projekt- und

Budgetmanagementsystem soll ein angepasstes Instrument zur Verbesserung der landesweiten Steuerung in der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg eingeführt werden. Damit wird jederzeit eine landesweit einheitliche Sicht auf den Stand aller Investitionsprojekte und des Mittelbedarfs als Basis für die angestrebte landesweite Steuerung der Projekte ermöglicht.

Neben der strategischen Ebene soll auch die operative Ebene der Straßenbauverwaltung von der Einführung des neuen Systems profitieren. Deshalb wird die Vertragsebene in das Programm eingebunden, die die Anlage von Projekten, Verträgen und Zahlungen in SAP und von Ausschreibungen im Vergabemanager ermöglicht.

Es sollen Bau- und Ingenieurverträge aufgenommen und die wichtigsten Eckdaten, wie z. B. Vertragssumme, Ausgabenstand, Nachtragsvereinbarungen, bisherige Zahlungen und Jahresscheiben dargestellt werden. So wird eine aufgrund belastbarer und nachvollziehbarer Daten basierende Budgetplanung und Haushaltssteuerung ermöglicht. Vertraglich noch nicht verpflichtete Mittel können ebenfalls mitgeführt werden. Dies ist wegen der Vielzahl der Verträge, Nachträge und Vertragserweiterungen auch erforderlich.

In der Straßenbauverwaltung werden seit 2008 Vergabeverfahren elektronisch mit Hilfe einer Vergabepattform, dem sogenannten Vergabemanager durchgeführt. Dadurch konnten die einzelnen Prozessschritte im Vergabeverfahren standardisiert und optimiert werden. Ende Juni 2019 endet das bisherige Vertragsverhältnis über Dienstleistungen für Vergabeverfahren zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem derzeitigen Dienstleister des Vergabemanagers. Das Ministerium für Verkehr wird 2018 im Wettbewerb die passende und wirtschaftliche Vergabe-Lösung für den neuen Vergabemanager suchen. Eine wesentliche Anforderung an den neuen Vergabemanager wird eine kompatible Anbindung an das neue Projektsteuerungssystem sein.

Das Ministerium für Verkehr ist deshalb – auch nach Sichtung der Vorführung der Vergabedatenbank der Hochbauverwaltung – der Auffassung, dass mit dem bislang Veranlassten und mit der Einführung des neuen Steuerungssystems weit mehr als die vom Rechnungshof geforderte Vergabedatenbank in der Straßenbauverwaltung Baden-Württemberg aufgebaut wird.

Zu Ziffer 2:

Die Prüfung des Rechnungshofes Baden-Württemberg erstreckt sich auf Vergaben im Landesstraßenbau vor 2013. Eine Vielzahl der Prüfungsergebnisse ist auf heutige Vergaben nicht mehr übertragbar, da sich Vergabevorschriften, Strukturen und Vorgehensweisen in der Straßenbauverwaltung seitdem geändert haben. Die Empfehlung des Rechnungshofes, dass zum Zeitpunkt der Ausschreibung durch die Vergabestellen darauf geachtet wird, dass die Vergabereife gegeben ist, berücksichtigt das Ministerium für Verkehr unter anderem mit der eingeführten Qualifizierungsoffensive „Vergabe – und Vertragswesen“ in der Straßenbauverwaltung. Seit dem Jahr 2014 werden für die Beschäftigten der Straßenbauverwaltung, die im Vergabe- und Vertragswesen in der Planung und Bauausführung tätig sind, im Rahmen der Qualifizierungsoffensive dreitägige Schulungen durchgeführt.

Weiterhin wurde das Handbuch für die Vergabe und Ausführung von Bauleistungen im Straßen- und Brückenbau (HVA B-StB), das die Erstellung der Ausschreibungen regelt, kontinuierlich verbessert und im Vergabemanager implementiert. Durch eine höhere Standardisierung wurde die Erstellung der Vergabeunterlagen verbessert.

Es können allerdings nicht immer alle Aspekte im Vorfeld der Vergabe erkannt werden. Angesichts der Komplexität der Bauvorhaben und aufgrund von Unwägbarkeiten können sich während des Bauablaufs neue Erkenntnisse ergeben. Die Straßenbauverwaltung wird dennoch auch in Zukunft ihre Arbeitsprozesse optimieren und verbessern, um zum Zeitpunkt der Ausschreibung darauf zu achten, dass Vergabereife und Planungstiefe gegeben sind. Dafür ist bei stetig zunehmendem Investitionsvolumen allerdings eine ausreichende Personalstärke erforderlich.